SPIEGEL Plus vom 02.06.2026, 19:27:00 / meinung_debatte

Politik
Debatte über Holocaustgedenkstätte

Wer hat Angst vor Yad Vashem?

Deutschland bekommt zwei Außenstellen von Yad Vashem. Nach der Entscheidung warnen Kritiker vor israelischer Einflussnahme. Dabei zeigt ausgerechnet der Protest, wie groß die Leerstellen im deutschen Holocaustgedenken sind.

In Deutschland sollen zwei Bildungszentren der israelischen Holocaustgedenkstätte Yad Vashem entstehen – die ersten Außenstellen der 1953 gegründeten Einrichtung außerhalb Israels. Für manche ist das ein Anlass, die Bedeutung des Erinnerns an die NS-Verbrechen und die davon Betroffenen zu betonen. Andere sehen darin eine Gefahr .

Zur PersonDeborah Hartmann, 1984 in Wien geboren, ist Direktorin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin. Zwischen 2007 und 2020 war sie Mitarbeiterin von Yad Vashem in Jerusalem, leitete unter anderem die deutschsprachige Bildungsabteilung an der International School for Holocaust Studies, die mit Deutschland, Österreich und der Schweiz kooperiert.

Meron Mendel , Co-Leiter der Bildungsstätte Anne Frank, befürchtet eine Einmischung der israelischen Regierung in die deutsche Erinnerungskultur, da Yad Vashem seiner Ansicht nach keine unabhängige Einrichtung sei. Jens-Christian Wagner, Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, warnt vor einem »geschichtspolitischen Vorgehen der israelischen Regierung«. Wie so oft in Debatten über Erinnerungskultur, Antisemitismus und Israel geht es vor allem darum, zuzuspitzen und Eindeutigkeit herzustellen. Statt Fragen an diejenigen zu richten, die sich – etwa in Yad Vashem – seit Jahrzehnten den Erinnerungen der jüdischen Ermordeten und Überlebenden der Schoa und der Zusammenarbeit mit Partnern in Deutschland und weltweit verpflichtet fühlen, wird polarisiert. Der eigentliche Gegenstand gerät aus dem Blick: eine Bildungseinrichtung, die erst im Entstehen ist. Als Direktorin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz habe ich mich bisher bewusst entschieden, solche oft unangenehm zugespitzten Diskussionen nicht weiter zu befeuern. Auch die Debatte um die geplanten Yad-Vashem-Standorte in München und Leipzig wollte ich zunächst nicht kommentieren. Wäre es nicht sinnvoller, erst einmal abzuwarten, welche Ideen die Kolleginnen und Kollegen aus Yad Vashem mitbringen? Als ehemalige langjährige Mitarbeiterin Yad Vashems möchte ich mich nun aber doch dazu äußern. Mit Befremden nehme ich wahr, mit welchem Selbstbewusstsein Unterstellungen verbreitet werden – offenbar ohne genauere Kenntnis der Arbeit Yad Vashems, insbesondere seiner pädagogischen Abteilung. Wäre ich heute noch in meiner damaligen Funktion, so wäre ich wohl auch mitverantwortlich für die konzeptionelle Ausgestaltung eines Yad-Vashem-Bildungszentrums in Deutschland und dürfte mich nun also auf die Zusammenarbeit mit meinen deutschen – und scheinbar sehr besorgten – Kolleginnen und Kollegen freuen. Verstehe ich jedoch Jens-Christian Wagner und Meron Mendel richtig, sind die Mitarbeitenden einer auch aus öffentlichen Mitteln finanzierten Institution ein direktes Sprachrohr der aktuellen Regierung – und vertreten unter Umständen geschichtspolitische oder gar geschichtsrevisionistische Thesen. Ganz im Gegensatz zu den vermeintlich edlen Idealen deutscher Gedenkstätten, wie Wagner betont: »Solcher affirmativen Deutungen versuchen wir uns in der Gedenkstättenarbeit zu enthalten.« Wer auch immer dieses »wir« ist. Affirmativ sind offenbar immer die anderen – in diesem Fall Israel und Yad Vashem. Als Beleg dient Wagner unter anderem das von Moshe Safdie entworfene Museumsgebäude in Jerusalem. An dessen Ende, so Wagner, blickten die Besucherinnen und Besucher in die besetzten Gebiete. Dass man dort tatsächlich auch Vororte Jerusalems und die Autobahn nach Tel Aviv sieht, wird in diesem geschichtspolitisch aufgeladenen Streit zur unwichtigen Nebensache.

Yad Vashem und seine Mitarbeiter fühlen sich in erster Linie der historischen Wahrheit verpflichtet.

Die Deutung Yad Vashems als affirmativer Institution ist nicht neu. Der Vorwurf, man blicke am Ende der Ausstellung bis in die besetzten Gebiete, war schon vor zwanzig Jahren, als ich in Yad Vashem zu arbeiten begann, ein beliebter Einwand besonders kritischer Besucherinnen und Besucher. Die Ausstellung wurde meist ausschließlich als Ausdruck der lange in Israel vorherrschenden Deutung »von der Katastrophe zur Wiedergeburt« interpretiert, die Vielschichtigkeit der ausgestellten Geschichten gern übersehen. Damals wie heute kam bei manchen Besuchenden immer wieder auch folgende Lesart auf: Am Ende stehe nicht nur die Gründung eines jüdischen Staates, sondern auch die Unterdrückung der palästinensischen Zivilbevölkerung. In meinen Führungen habe ich an dieser Stelle auf einen der bedeutendsten israelischen Historiker, Yehuda Bauer, verwiesen, der sich in seiner Forschung auch mit der Frage beschäftigt hat, ob der Staat Israel trotz oder wegen der Schoa gegründet wurde. Wäre die Gründung Israels noch möglich, ja überhaupt denkbar gewesen, wenn die Deutschen die

unter anderem bei uns am Wannsee diskutierte »Endlösung der Judenfrage« vollständig hätten realisieren können? Außerdem habe ich meine Gruppen gefragt, ob der Blick in die Freiheit nicht auch anders verstanden werden könne: als Blick in eine Gegenwart und hoffentlich auch in eine Zukunft. Mein Gegenüber hat das zumeist dazu herausgefordert, sich mit der Komplexität und Ambivalenz historischer und aktueller Ereignisse auseinanderzusetzen und vorschnelle Zuschreibungen noch mal zu überdenken. Solche Projektionen sind also nicht neu. Dass sie nun aber auch vom Leiter einer zentralen deutschen Gedenkstätte vertreten werden, der im hiesigen Erinnerungsdiskurs aus guten Gründen als Autorität gilt, halte ich für problematisch. Yad Vashem und seine Mitarbeiter fühlen sich in erster Linie der historischen Wahrheit verpflichtet. Dafür standen und stehen Namen wie Rachel Auerbach, David Bankier, Yehuda Bauer und Dan Michman. Das Zentrum ihrer Arbeit bilden Gedenken, Forschung und die Weitergabe jüdischer Erfahrungen und Erinnerungen aus den zerstörten Gemeinden Europas. Gerade deshalb tat sich die Einrichtung lange schwer damit, sich überhaupt in aktuelle politische oder erinnerungskulturelle Auseinandersetzungen einzumischen. Das galt bis vor einigen Jahren auch noch für die Beschäftigung mit aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus. Yad Vashem ist keine Regierungsbehörde Yad Vashem sei keine neutrale, unabhängige Einrichtung, sagt Meron Mendel. Ihr Auftrag sei es, »das offizielle staatliche Narrativ über die Geschichte zu vermitteln«. Dieses Narrativ, so legt er nahe, entspringe mehr oder weniger direkt der aktuellen israelischen Regierung und ihren geschichtsrevisionistischen Thesen, beispielsweise Netanyahus abenteuerlicher Behauptung, der Großmufti von Jerusalem Amin al-Husseini – ohne Zweifel ein NS-Kollaborateur und Antisemit – habe Hitler die Idee mit der Ermordung der Juden irgendwie eingeflüstert. Aber stimmt das? Habe ich all die Jahre für eine Regierungsbehörde im Dienst eines staatlichen Narrativs gearbeitet? 1953 verabschiedete die Knesset , das israelische Parlament, das Gesetz zur Erinnerung an den Holocaust und das Heldentum. Mit diesem Gesetz wurde Yad Vashem gegründet. Es nennt die Gruppen, an die erinnert werden soll: die Ermordeten, die zerstörten Gemeinden, den jüdischen Widerstand, den Kampf in Ghettos und Lagern, die Jüdinnen und Juden, die angesichts des Massenmordes ihre Menschlichkeit bewahrten, sowie die nichtjüdischen Gerechten unter den Völkern. Auch die Aufgaben der Gedenkstätte werden beschrieben: Gedenkprojekte, Dokumentation, Forschung, Bildung, die Auszeichnung der Gerechten und die internationale Bewahrung der Erinnerung. Zugleich heißt es, dass dies »in eigener Initiative und unter eigener Leitung« geschehen soll. Yad Vashem ist, anders als Mendel nahelegt, keine Regierungsbehörde und auch nicht direkt der Regierung unterstellt. Die dort arbeitenden Menschen repräsentieren den Querschnitt der israelischen Gesellschaft: religiös und säkular, links und rechts, jüdisch und nichtjüdisch, auch arabisch. Selbst einige (jüdische und nicht jüdische) Deutsche arbeiten dort. Organisatorisch entspricht die Gedenkstätte in etwa dem, was man in Deutschland eine Körperschaft des öffentlichen Rechts nennen würde. So wie viele andere Institutionen in Israel auch – der öffentliche Rundfunk, die Naturparks oder das durchaus kritisch forschende Van Leer Institut in Jerusalem – sichert gerade ihre gesetzliche Grundlage der Gedenkstätte ihre Eigenständigkeit. Und diese Grundlage stellt auch sicher, dass die Einrichtung sich nicht mit anderen – zweckfremden – Dingen beschäftigt, beispielsweise der Unterwanderung der deutschen Erinnerungslandschaft. Und das angebliche staatliche Narrativ? Yad Vashem hat zwar selten, aber immer wieder politisch Stellung bezogen – auch gegen die israelische Regierung. Die frühere Chefhistorikerin Dina Porat wies die geschichtsrevisionistischen Aussagen Benjamin Netanyahus über Hitler und den Mufti von Jerusalem deutlich zurück. Auch Dani Dayan, Vorsitzender von Yad Vashem und von Meron Mendel als problematisch identifiziert, kritisierte den Auftritt des israelischen UN-Botschafters Gilad Menashe Erdan, der sich nach dem 7. Oktober 2023 vor den Vereinten Nationen einen gelben Stern an den Anzug steckte, als Entehrung des Holocaustgedenkens. Einige Monate zuvor hatte Netanyahus Regierung versucht, Dayan aus seiner Position zu entfernen. Der Versuch scheiterte auch am Widerstand internationaler Holocaustforscherinnen und -forscher. All das erwähnt Mendel nicht. Man kann zu Dayans politischen Ansichten stehen, wie man will. Aber auch eine lückenhafte und einseitige Darstellung ist eine Verfälschung. Sie hilft nicht, Ambivalenz und Komplexität auszuhalten. Was darf Yad Vashem in Deutschland? Mendel fordert, die Arbeit der Yad-Vashem-Bildungseinrichtungen in Deutschland klar auf die Vermittlung der NS-Vergangenheit zu begrenzen, »um Einflussversuche auf tagespolitische Themen zu verhindern«. Ihm schwebt eine Eingrenzung auf die Jahre 1933 bis 1945 vor. Alternativ könnten die Einrichtungen auch deutschen Institutionen wie dem NS-Dokumentationszentrum in München unterstellt werden. Aber wollen wir eine Gedenkstättenlandschaft, in der die Inhalte von Bildungsprogrammen von oben vorgeschrieben werden? Warum sollen Einrichtungen, die sich dezidiert anderen Themen wie der »Geschichte des Nationalsozialismus mit Blick auf die Gegenwart und Zukunft« – so die Website des Münchner Dokumentationszentrums – verpflichtet fühlen, nun auch das Thema Holocaustvermittlung aus jüdischer Perspektive übernehmen? Wollten wir nicht gerade diese undifferenzierte Vereinheitlichung und damit Verflachung von historischem Lernen überwinden? In diesen Vorschlägen zeigt sich nicht nur eine fragwürdige Vorstellung davon, Inhalte historisch-politischer Bildung kontrollieren zu wollen. Sie zeugen auch von erstaunlichem Nichtwissen über die pädagogische Arbeit Yad Vashems. Deren besondere Stärke liegt gerade darin, dass die Auseinandersetzung mit dem Holocaust immer auch das jüdische Leben vor der Schoa sowie das Überleben und Weiterleben danach einschließt. Es geht nicht um übergeordnete »Narrative«, sondern um Erinnerungen, Erfahrungen, persönliche Geschichten, Dilemmata und Entscheidungen. Diese Perspektiven werden mit dem Handeln der Täterinnen und Täter und den Entscheidungen der Beistehenden verbunden – insbesondere mit der Entscheidung zu helfen, wie sie die Gerechten unter den Völkern verkörpern. Auch intersektionale und multidirektionale Perspektiven sind längst Teil dieser Arbeit: etwa in Materialien zu Gad Beck, der als schwuler Jude den Nationalsozialismus im Versteck und im Widerstand überlebte, zu Albert Memmi und der Situation von Jüdinnen und Juden im deutsch besetzten Tunesien oder zu muslimischen Retterinnen und Rettern wie dem albanischen Fotografen Refik Veseli. Und zum gegenwärtigen Antisemitismus gibt es inzwischen Bildungsmaterialien, die in ihrer Komplexität weit von dem entfernt sind, was in den polarisierten deutschen Debatten oft Standard ist. Diese Ansätze wurden nicht für deutsche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren entwickelt, sondern mit ihnen. Yad Vashem ist in der deutschen Bildungs- und Vermittlungspraxis längst präsent: im Unterricht Tausender Absolventinnen und Absolventen von Lehrerfortbildungen in Jerusalem, in Bildungsmaterialien, Lehrplänen und Schulbüchern, die Konzepte Yad Vashems aufgegriffen und weiterentwickelt haben. Partner in Schulen, außerschulischen Bildungsprojekten, Gedenkstätten, Bundes- und Landesministerien können davon berichten: Bildungsprogramme von und mit Yad Vashem sind eine lebendige Realität in Deutschland, und dabei handelt es sich um das Ergebnis langjähriger Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Anstatt sich abzuschotten und auf »Eigenproduktion«, so Meron Mendel, zu setzen, könnte man also getrost abwarten, was in den Bildungszentren in München und Leipzig entsteht. Eine heutige Kollegin, die vor Jahren an einer von mir betreuten Weiterbildung in Yad Vashem teilgenommen hat, sagte am Ende jenes Seminars: »Ich hatte so viele Vorurteile, was Yad Vashem betrifft, und bin ganz überrascht, wie reflektiert der Austausch mit den Mitarbeitenden gewesen ist und wie viele inhaltliche Überschneidungen es letztlich doch gibt.« Hoffen wir, dass diese Erkenntnis auch bei anderen ankommt.